

Von „uns“ und von „denen“

Die Hintergründe der Kampagnen gegen die Bewohner der Groner Landstraße 9a

Man kann das Tageblatt nicht mehr aufschlagen, ohne mindestens einen Artikel über die katastrophalen Zustände im Wohnkomplex Groner Landstraße 9a zu lesen. Die Groner Land hat in der Wahrnehmung der Göttinger Öffentlichkeit längst den Hagenweg als „Problemimmobilie“ Nr. 1 überholt. Letztes Jahr der „Brandbrief“ verschiedener Göttinger Grundschulen. Was drin stand: wir haben zu wenig Geld, Personal und Räume um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen und zu denen auch die Beschulung von Kindern aus der Groner Landstraße zählt. Was in der Öffentlichkeit ankam: Die Kinder von „denen“ aus der Groner Land ruinieren „unsere“ Schulen. Im Frühjahr war es die Meldung, dass Göttingen den ersten Platz einer bundesweiten Rangliste der Städte mit den meisten Fahrraddiebstählen belegt. Weil allen in Göttingen klar ist, dass die Spur bei diesen Diebstählen nur allzu oft in die Groner Landstraße führt, wurde die Meldung zum Anlass einer Law&Order-Kampagne für mehr Razzien, mehr Überwachung, mehr Polizei. „Wir“ können uns von „denen“ doch nicht auf der Nase herumtanzen lassen! Zuletzt sorgte eine Serie von Bränden im Wohnkomplex für die Entrüstung der Öffentlichkeit: Es kann doch nicht sein, dass „unsere“ Steuergelder für ständige Feuerwehreinsätze draufgehen, nur weil „die“ sich nicht benehmen können.

Wer sind „die“ eigentlich? Sicherlich ganz unterschiedliche Menschen, von denen die wenigsten freiwillig in den menschenunwürdigen Verhältnissen des Komplexes leben. Viele von ihnen kommen aus Rumänien. Diese Menschen verstärken hier, dank EU-Freizügigkeit, das Heer derjenigen die unter prekärsten Bedingungen „unsere“ Arbeit machen, sei es in der Al-

tenpflege oder auf dem Bau, bei der Ernte oder in der Putzkolonne. Mit Arbeitsvertrag oder schwarz. In der Heimat warten oft Angehörige auf regelmäßige Überweisungen. Im Jahr 2023 gingen 604 Millionen Euro als Rücküberweisungen von Deutschland nach Rumänien. Eine Summe, die natürlich auch für die rumänische Wirtschaft keine kleine Rolle spielt und die eine gewollte Abhängigkeit des wirtschaftlich schwächeren Rumäniens vom wirtschaftlich stärkeren Deutschland ausdrückt. Die Bundesrepublik saugt Arbeitskräfte aus der EU-Peripherie an und unterwirft sie hier Arbeits- und Lebensbedingungen, die weit unter dem Standard der heimischen Arbeiter liegen. Diese Betrachtung ist wichtig, denn sie stellt die leider gängige Meinung, bei „denen“ handele es sich um „Sozialbetrüger“, die „unser“ Deutschland ausnehmen, vom Kopf auf die Füße.

Wie also leben „die“? Vom Amt, das die Miete zahlt, und Wohnungsmarkt, der für solche „Kundschaft“ nur eine Adresse bereithält, auf engstem Raum zusammengepfercht. Einem Vermieter ausgeliefert, der das Geld vom Amt gerne einstreicht, sich im Gegenzug aber weder um fließendes Wasser, funktionierende Heizung, Aufzüge oder Müllentsorgung kümmert. Ausgebeutet bis aufs Blut, ob nun der Form nach legal oder auf dem „Schwarzarbeiterstrich“. Unter Druck, regelmäßig Geld nach Hause zu schicken. Angewiesen auf eine Community, die die gleiche Sprache spricht und sich bereits auskennt. In Armut. Und kriminell. Denn Kriminalität entsteht aus Armut, nicht aus Herkunft.

Und was ist mit „uns“? Für „uns“ erfüllen die Groner Landstraße und die ständigen Kampagnen von Lokalmedien und -politik gleich mehrere Funktionen: die Zustän-

Im Internet:

- kommt bald wieder -

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Groner Landstraße 9a	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2025
ist der 21. August
Auslieferung vorraussichtlich am 26.08.

de im Wohnkomplex werden seinen als „Fremde“ markierten Bewohnern (und nicht etwa dem Vermieter und der Stadt) angelastet, die damit zur Zielscheibe für Rassismus und Sozialchauvinismus gemacht werden. Solche Spaltungslinien innerhalb der Stadtgesellschaft sind allemal nützlich für die, die oben sitzen. Das Ausspielen von „denen“ gegen „uns“ macht es auch möglich, die Groner Landstraße als Experimentierfeld für schärfere Gangarten staatlicher Repression zu machen. Tagelange Abriegelung des gesamten Wohnkomplexes während der Corona-Pandemie, eine großangelegte polizeiliche Razzia, Forderungen nach Video-Überwachungen: hier wird erprobt, was „uns“ noch blüht. Gleichzeitig wird am Beispiel der Groner Landstraße vorgeführt, wie weit das Lebensniveau auch hierzulande sinken kann. Der soziale Abstieg, der jedem droht, der sich gegenüber Chef, Vermieter oder Amt nicht tief und schnell genug bückt – hier kann man ihn sich in aller Konsequenz anschauen.

(sl)



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Demokratie in der Bewährungsprobe: Warum der antifaschistische Einsatz nicht nachlassen darf

Die politische Landschaft in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Parteien am rechten Rand, allen voran die AfD, verzeichnen wachsenden Zuspruch. In bundesweiten Umfragen liegt die AfD derzeit bei etwa 17 bis 20 Prozent – ein Rekordwert seit ihrer Gründung im Jahr 2013. In einzelnen Bundesländern ist sie stärkste Kraft geworden. Auch auf kommunaler Ebene nimmt die AfD gezielt Einfluss, baut lokale Strukturen aus und bereitet Kandidaturen für Stadträte und Kreistage vor.

In Niedersachsen blieb die Partei bei der letzten Landtagswahl 2022 unter dem Bundesdurchschnitt, doch auch hier ist ein Zuwachs zu beobachten. In Göttingen erzielte die AfD bei der Landtagswahl rund 5 Prozent. Zwar lag sie damit deutlich unter dem Landesergebnis, dennoch ist davon auszugehen, dass die Partei bei der kommenden Kommunalwahl 2026 in den Stadtrat einziehen wird. Das hätte Auswirkungen auf die politische Debatte vor Ort. Der Ton würde sich verändern, rechte Themen würden sichtbarer, die parlamentarische Auseinandersetzung härter. Für viele Menschen bedeutet das Unsicherheit, insbesondere für diejenigen, die ohnehin von Ausgrenzung betroffen sind.

Die Wahlerfolge der AfD sind nicht isoliert zu betrachten. Sie stehen in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem viele Menschen soziale Abstiege erleben oder befürchten. Mieten

steigen, Löhne stagnieren, der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder Mobilität ist nicht überall gesichert. Die Unsicherheit in der Gesellschaft wächst, und einfache Antworten auf komplexe Fragen wirken oft verlockend. Rechte Kräfte greifen diese Unsicherheit auf, verknüpfen sie mit nationalistischen und autoritären Deutungen und verschieben so politische Maßstäbe.

Hinzu kommt ein Klima, in dem rechte Positionen zunehmend als normal gelten. In sozialen Medien werden rassistische, antisemitische oder geschichtsrevisionistische Aussagen tausendfach geteilt. Der öffentliche Diskurs wird davon beeinflusst. Was früher als Tabubruch galt, wird heute als legitimer Teil demokratischer Debatte dargestellt. Dabei beruft sich die AfD selbst immer wieder auf demokratische Rechte, während sie gleichzeitig gegen die Grundlagen demokratischer Gesellschaften arbeitet.

Demokratie ist aber nicht nur ein System aus Wahlen und Institutionen. Sie lebt davon, dass Menschen sich für sie einsetzen, Missstände benennen und solidarisch handeln. Antifaschismus ist in diesem Zusammenhang keine Randposition, sondern Ausdruck demokratischer Verantwortung. Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus, das Erinnern an die Befreiung vom Faschismus und das Engagement gegen rechte Ideologien gehören untrennbar zusammen.

In Göttingen gibt es seit langem Strukturen, die sich dieser Aufgabe widmen. Gruppen und Initiativen erinnern an die Geschichte des Faschismus, leisten Bildungsarbeit, dokumentieren rechte Umtriebe und unterstützen Betroffene.

Die Stadt hat eine antifaschistische Geschichte – aber auch hier gab und gibt es rechte Strukturen, Übergriffe und Verharmlosungen. Der Blick darf deshalb nicht nur nach außen gehen.

Der 8. Mai erinnert an das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung vom Faschismus. 2025 jährt sich dieser Tag zum 80. Mal. Für Antifaschist*innen ist das nicht nur ein historisches Datum, sondern ein Anlass, die Gegenwart genau zu betrachten. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss verteidigt werden – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte wachsen, braucht es Orientierung. Nicht Panik, sondern Haltung. Nicht Beschwichtigung, sondern Klarheit.

Die Menschenwürde ist unantastbar. Dafür setzen wir uns ein. Gemeinsam mit allen, die Demokratie nicht nur als Wort, sondern als Praxis begreifen.

(ts)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

08. Juli + 12. August, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



Linke und progressive Kräfte müssen sich zusammenschließen, um die Menschheit vor einem nuklearen Flächenbrand zu retten - Erklärung der Kommunistischen Partei Kubas

Autor: *Periódico Granma* | internet@granma.cu

Diese kriminellen Handlungen, die dem Völkerrecht und den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen widersprechen, stellen eine schwerwiegende globale Bedrohung dar, deren Folgen für die Menschheit unvorhersehbar sein könnten.

In diesem entscheidenden Moment bekräftigt die Kommunistische Partei Kubas ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Volk und der Regierung der Islamischen Republik Iran, die als souveräner Staat das Recht auf Selbstbestimmung

und Entwicklung genießt.

Die Kommunistische Partei Kubas, eine historische Verteidigerin des Friedens, ruft politische Parteien, soziale Bewegungen sowie linke und progressive politische Kräfte dazu auf, sich zu mobilisieren und diese illegalen Aktionen der faschistischen US-Regierung anzuprangern. Sie untergraben die Bemühungen um eine Verhandlungslösung des Nahostkonflikts und bekräftigen ihre uneingeschränkte Unterstützung für Israels Völkermordambitionen in der Region.

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache und haben gezeigt, wie weit das Yankee-Imperium gehen wird, um seine expansionistische und dominante Politik durchzusetzen und damit die Zukunft der Menschheit zu gefährden. Es ist zwingend erforderlich, dass wir uns vereinen, um unsere Völker vor einem nuklearen Flächenbrand zu retten.



Havana Club bekräftigt sein Gütesiegel und seine kubanische Identität

Der Rum Havana Club, Hüter der kulturellen Traditionen der Insel, bekräftigt heute auf der 20. Ausgabe der internationalen Messe ExpoCaribe 2025 sein Gütesiegel und seine kubanische Identität. Autor: ACN | informacion@granma.cu

Havana Club Rum, Hüter der kulturellen Traditionen der Insel, bekräftigt heute auf der 20. internationalen Messe ExpoCaribe 2025 sein Gütesiegel und seine kubanische Identität.

Havana Club International erklärte in einer Pressemitteilung, dass auf der Veranstaltung, die bis Freitag, den 27. Juni, läuft, ein neues Image des Havana Club Don Navarro als Teil der Havana Club Iconic Collection präsentiert wird.

Das neue Erscheinungsbild des Produkts, das Don José Pablo Navarro, dem ersten Meister des kubanischen Rums, Tribut

zollt, erinnert an die kubanische Identität, ihre Architektur und Traditionen und unterstreicht mit der Figur der Giralilla als Paradigma der Stärke und Widerstandsfähigkeit, sich als Hüterin der kubanischen kulturellen Wurzeln. ...

Das Produkt, so der Text, drücke die Meisterschaft der kubanischen Rumhersteller und den Reichtum des über Generationen weitergegebenen Know-hows aus. Die internationale Messe Expocaribe feiert die Traditionen des kubanischen Rums und hebt seine Essenz als Symbol kubanischen Lebens hervor.



Wie Maestro Navarro sagte: „Havana Club ist Kultur in Flaschen, ein Erlebnis für die Sinne, bei dem die Geschichte dieser karibischen Insel mit jedem Schluck wiedererlebt wird.“

Kuba übernahm die Rolle als Koordinierungsland der G-21

Das aus 33 Nationen bestehende Gremium setzt sich für die nukleare Abrüstung als oberste Priorität ein

Autor: *Redacción Internacional* | informacion@granma.cu

Havana Club Rum, Hüter der kulturellen Traditionen der Insel, bekräftigt heute auf der 20. internationalen Messe ExpoCaribe 2025 sein Gütesiegel und seine kubanische Identität.

Havana Club International erklärte in einer Pressemitteilung, dass auf der Veranstaltung, die bis Freitag, den 27. Juni, läuft, ein neues Image des Havana Club Don Navarro als Teil der Havana Club Iconic Collection präsentiert wird.

Das neue Erscheinungsbild des Produkts, das Don José Pablo Navarro, dem ersten Meister des kubanischen Rums, Tribut zollt, erinnert an die kubanische Identität, ihre Architektur und Traditionen und unterstreicht mit der Figur der Giralilla als Paradigma der Stärke und Widerstandsfähigkeit, sich als Hüterin der kubanischen kulturellen Wurzeln. ... Das Produkt, so der Text, drücke die Meisterschaft der kubanischen Rumhersteller

und den Reichtum des über Generationen weitergegebenen Know-hows aus. Die internationale Messe Expocaribe feiert die Traditionen des kubanischen Rums und hebt seine Essenz als Symbol kubanischen Lebens hervor. Wie Maestro Navarro sagte: „Havana Club ist Kultur in Flaschen, ein Erlebnis für die Sinne, bei dem die Geschichte dieser karibischen Insel mit jedem Schluck wiedererlebt wird.“

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Erste Meutereien

Zum Manifest der SPD-Friedenskreise – Artikel aus der UZ vom 20.06.2025

Mit Schaum vor dem Mund reagierte die deutsche Kriegs-Einheitsfront auf das Papier der in den „SPD-Friedenskreisen“ zusammengeschlossenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ihr Manifest trägt die Unterzeile „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“. Das, tönte ihnen aus allen Leitmedien der Republik entgegen, verstoße gegen den Koalitionsvertrag, den die SPD doch mit 80-prozentiger Mehrheit abgesegnet hätte und in dem statt des Kommas nach „Verteidigungsfähigkeit“ ein Ausrufezeichen stehe. Rüstungskontrolle und Verständigung gehöre da nicht hin – das sei das Schüren von Illusionen und die Beschwörung eines Geistes der Vergangenheit der 1970er und 80er Jahre, der nie wieder aus der Flasche kommen dürfe.

Eine ganze Seite ließe sich füllen mit der breiten Front, die, angefangen von den Olivgrünen bis hin zur Barbarossa-Fraktion der CDU, gegen dieses Papier in Stellung gebracht wurde. Schon am Tag der Veröffentlichung des Manifestes selbst sah die FAZ „Die Tauben am Tor zu Hölle“, öffnete ihre Leserbriefspalten an den Folgetagen weit für ein Scherbengericht über die „verquere Weltsicht des Manifests“

und ätzte mit einer Karikatur gegen dieses Bröckeln der Kriegsfront, in der sie ankündigte, nun werde bald der „naturwissenschaftliche Flügel“ der SPD „die Abschaffung der Schwerkraft“ fordern. Von dem Papier ist nicht die Klarheit von Aussagen des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ oder anderer Kräfte zu erwarten, die seit 2022 Os-

termärsche und andere Aktionen gegen den drohenden dritten Feldzug gegen Russland organisiert haben. Es versucht, wie in der SPD selbst vor der „Zeitenwende“ üblich, den Spagat zwischen Auf- und Abrüstung zugleich. Auf diese Widersprüchlichkeit hinzuweisen ist weder ein Kunststück noch ein Ausweis tiefgehender politischer Weisheit. Möglicherweise versammeln die SPD-Friedenskreise über den Parteitag hinaus und jenseits der Parteigremien noch weiter Genossen hinter sich. Dann wäre aber auch klar, dass darunter einige wären, die nach dem Vorbild der



1950er, 60er und 80er Jahre unter taktischen Gesichtspunkten der Meinung sind, die SPD gehöre an die Spitze jeder deutschen Friedensbewegung, um sie von vorne zu bremsen oder abzubiegen, bevor sie geschichtsmächtige Wirkung entfaltet oder gar zum Einfallstor der Einsicht würde, Frieden bedürfe zu dauerhaften Sicherung des Sozialismus.

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 15. Juli

Die jeweiligen Themen der Versammlungen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

Alles geschenkt – es übersähe aber das Wesentliche, was gerade passiert und was auch deutlich wird an dem, was in der Öffentlichkeit bislang nicht hörbar ist: Es gibt gegenüber dem Manifest bisher ein dröhnendes Schweigen aus dem Gewerkschaftslager. Das liegt nicht an Desinteresse, sondern im Gegenteil daran, dass es zu einem erheblichen Teil eine Reaktion auf das ist, was in den Gewerkschaften passiert. In der letzten Zeit häufen sich – noch nicht als Strom, aber schon mehr als ein Rinnsal, schon einem Bach vergleichbar – aus der GEW, ver.di und sogar der IG Metall in den Untergliederungen und aus einzelnen Betrieben die Stimmen, die einen Schluss mit dem Wahnsinn der Aufrüstung und dem Kriegskurs gegen Russland fordern. Vor allem darauf reagieren diese für das Entstehen von Massenstimmungen noch empfänglichen Teile des SPD-Funktionärskörpers. Darin liegen die Bedeutung und auch die Chancen dieses Manifestes. Es ist weder von oben herab als „typisch SPD“ zu geißeln noch zu überhöhen. Es ist als das zu nehmen, was es bei klugem Herangehen werden könnte: Der Beginn der Meutereien im Regierungslager gegen den Kurs auf einen dritten Weltkrieg.

(ms)

GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Protest lohnt sich doch: Mieterhöhungen der LEG um 2 Monate verschoben

Nach den Mieterhöhungen in Grone: Die Prüfungsgemeinschaft wendet sich an die LEG

Nach den Schreiben über eine 15 %-ige Mieterhöhung, die vielen Mieter*innen der LEG in Grone jüngst zugegangen sind, fragt die Prüfungsgemeinschaft namens der über 600 Mieter*innen der LEG, die sich in Grone zusammengeschlossen haben, wie die Mieter*innen diese Erhöhung bezahlen sollen.

Angesichts der aktuellen grauenhaften Weltlage kann man verstehen, wenn viele den Kopf noch tiefer in den Sand stecken und sich sagen: Kann man eh nix machen gegen den Wahnsinn. Und doch gelingen kleine Protesterfolge.

So geschehen in Grone, wo sich bei einer Mieterversammlung 16.06. ca. 50 Empfänger*innen im Nachbarschaftszentrum drängelten. Die LEG hatte nach endlosem Modernisierungsstress und noch nicht endgültig abgeschlossenen Heizkostendeckelungen die Stirn, neuerliche Mieterhöhungen zu präsentieren und damit Quadratmeterpreise von über 9,-€ zu verlangen. Zum Vergleich: Bezahlbarer Wohnraum sollte nicht mehr als 7,50 € kosten und liegt bei den Genossenschaften und der Städtischen Wohnungsbau bei vergleichbaren Wohnungen noch weit darunter.

Den betroffenen Mieter*innen ist die Hutschnur gerissen. Zumal es sich bekanntlich um Wohnungen handelt, die immer wieder Mängel aufweisen, die nur zögerlich bis gar nicht behoben werden. Aufgrund der horrenden Heizkostennachzahlungen hat-

te sich eine Prüfungsgemeinschaft gegründet. Diese wird vertreten durch einen Prüfungsausschuss, der einen offenen Brief an die LEG verfasste und zur Versammlung einlud.

Die angereisten drei Herren der LEG, allen voran der schon bekannte Dr. Wiegand, versuchten, die Wogen zu glätten, was aber nur Spott und Hohn hervorrief. Man müsse erhöhen, um höhere Kosten zu stemmen. Dieses Märchen konnte mit einem kurzen Blick in den Geschäftsbericht der LEG von 2024 widerlegt werden: Personal sei abgebaut worden und somit Kosten verringert.

#Sich als Wohltäter für die Kommune zu verkaufen, indem man Steuern zahle, lief auch ins Leere. Denn es ist bekannt, dass die LEG im Gegenteil Steuerzahlungen umgangen hat mit ihrem Share Deal, eine ganze Firma zu kaufen und nicht den einzelnen Wohnbestand, was bekanntermaßen keinerlei Steuern kostet.

Neben den sachlichen Argumenten, mit denen der Prüfungsausschuss kontierte, drückten Mieter*innen sehr deutlich ihre Angst aus, ihr Zuhause zu verlieren. Das Gefühl, nicht mehr zu können, Briefe von der LEG nur

nach mit Herzrasen oder gar nicht mehr zu öffnen, kam stark rüber. Menschen werden krank durch den ständigen Stress mit dem Vermieter.

Aber nicht nur die einzelnen Mieter*innen werden übermäßig von der LEG (und zahlreichen anderen Miethäusern) zur Kasse gebeten. Auch die Kommune, die ja bekanntlich sehr klamm ist, wird mit immer höheren Mieten für die Transferleistungsbezieher*innen gebeutelt. Frau Schrader, die Vertreterin des zuständigen Sozialdezernats der Stadt Göttingen hat jedoch versichert, dass man immer im Einzelfall prüfen werden, ob die erhöhten Mieten trotz Überschreitung der Grenze der Kosten der Unterkunft übernommen werden können.

Der Fraktionsvorsitzender der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke, Jost Leßmann, aber auch das Groner Ortsratsmitglied Ina Jacobi von den Grünen wiesen auf den weiterhin fehlenden qualifizierten Mietspiegel der Stadt Göttingen hin, was auch der Mieterverein bemängelt. Hierfür sind die Parteien im Haushaltsbündnis im Rat in der Verantwortung.

Gegenwind für die LEG kam von allen Seiten, was Herrn Dr. Wiegand immer kleinlauter werden ließ. Auf den Vorwurf, dass Mitarbeiter*innen am Telefon Mieter*innen bedrängen und erpressen würden, reagierte er beleidigt. Aber schon am nächsten Tag konnte ihm jedoch ein aktueller Fall solchen Verhaltens präsentiert werden.

Darüber hinaus waren wieder viele Mieterhöhungsschreiben fehlerhaft und alles zusammen hat die LEG bewegen, einen Aufschub von 2 Monaten zu gewähren.

Nun bleibt etwas Zeit, Handlungsoptionen zu entwickeln. Zum Beispiel die Zustimmung der Erhöhung an Bedingungen wie die Durchführung von Reparaturen zu knüpfen.

Der deutsche Mieterbund äußert sich zur Wohnungspolitik: „In der derzeitigen Lage sollte es Vermieter*innen gar nicht möglich sein, die Miete zu erhöhen (...) bis mehr bezahlbare Wohnungen vorhanden sind.“ (Taz vom 26.06.2025, S. 06)

Dem ist nichts hinzu zu fügen!

Der Protest geht weiter!

(bs)



Der „Prüfungsausschuss“ der LEG-Mieter*innen: (v.l.n.r.): Steffen Zimmermann, Bärbel Safieh, Hendrik Falkenberg, Tina Böning-Naseem und Lars Greil

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Flaggenstreit im Kreistag

Am 18. Juni fand die letzte Kreistagsitzung vor der Sommerpause in Hann. Münden statt mit einer kontroversen Debatte zur Beflaggung der Kreisgebäude.

Dazu gab es Anträge von CDU und AfD, die eine dauerhafte Beflaggung aller Dienstgebäude und Schulen des Landkreises mit der Nationalflagge Schwarz-Rot-Gold vorsahen sowie nach den Vorstellungen der CDU zudem mit der „Europaflagge“ der Europäischen Union, mit der die AfD hingegen naturgemäß nichts anfangen kann. Die AfD freute sich, dass die CDU ihre patriotische Seite entdeckt habe und erwartete Dank für ihren Vorstoß. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Körner äußerte sich durchaus entsprechend, indem er meinte, „größeres nationales Selbstbewusstsein täte uns gut“. Im Übrigen kamen von der CDU aber nur ihre altbekannten Standardfloskeln: es gehe darum, dass wir die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verteidigen müssten, für die die Nationalflagge symbolisch stehe und die Europäische Union sei ein „Friedensprojekt“. (Sei's drum, dass dieses Friedensprojekt gerade kräftig militarisiert wird!)

Eckhard Fascher stellte für das BSW klar, dass der Vorstoß doch nationalistisch rüberkomme. Auch ein Vergleich mit den Nachbarländern sei problematisch, da diese nun einmal eine andere Geschichte und zwar ohne Kriegsverbrechen hätten.

Von der rot-grünen Mehrheitsgruppe wurde noch ein mit deren Mehrheit dann beschlossener „Änderungsantrag“ eingebracht: Die Beflaggung soll über die bisherigen Tage ausgeweitet werden. Es werden auch Vorschläge erbeten, wann dies sein könne. Das BSW hatte alle Flaggenanträge abgelehnt.

Als Erstantrag wurde die Resolution „Aufruf zur Einleitung eines AfD-Verbotsprüfungsverfahrens“ der Gruppe SPD/Grüne eingebracht. Diese richtet sich an alle im Grundgesetz hierzu berufenen Institutionen – den Bundestag, die Bundesregierung sowie den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland – die notwendigen Schritte zur Einleitung eines Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht zwecks Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD gemäß Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes einzuleiten.

Die Begründung des Antrages erfolgt dann ausgerechnet unter Berufung auf den zwielichtige „Verfassungsschutz“ und dessen Einschätzung der AfD. Da es bei Erstanträgen lediglich eine Einbringungsrede und keine Debatte gibt, äußerte sich nur der SPD-Fraktionsvorsitzende Heinze. Dieser gab zwar zu bedenken, dass ein Verbotverfahren die AfD auch stärken könne, gleichwohl habe man die Aufgabe dafür zu sorgen, dass sich Geschichte nicht wiederholt, was er mit einem Abriss der Zeit vor und nach 1933 erläuterte. Der Antrag wurde sodann an den (nichtöffentlich tagenden) Kreisausschuss überwiesen. Das BSW wird seine doch etwas abweichende Meinung zur Strategie gegen die AfD somit erst in der nächsten Kreistagsitzung im September öffentlich vorbringen können.

Von den Tagesordnungspunkten, die den eigenen Wirkungskreis des Landkreises betreffen, seien noch die folgenden erwähnt:

Der von den Landkreisen getragene Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (ZVSN) übernimmt die Geschäftsanteile der „VSN-GmbH“ von den im Verbundgebiet tätigen privatwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen. Die VSN GmbH legt den VSN-Tarif als Tarifgeber fest und ist auch zuständig für die Organisation eines einheitlichen Vertriebs sowie Marketings und betreut im Auftrag der Verkehrsunter-

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

*Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr*



nehmen die abgestimmte Verteilung der Fahrgelderlöse im sogenannte Einnahmenaufteilungsverfahren. Diese Übernahme der Geschäftsanteile, die zumindest als Schritt zur Kommunalisierung betrachtet werden kann, wird von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Abgelehnt dagegen wurde von uns ein Antrag der CDU zur Festlegung von Kriterien für die Bewilligung von Vereinszuschüssen, von dem die CDU meinte, diese könnten auch auf alle Förderprogramme des Landkreises angewandt werden. Förderfähig sollten ausschließlich Vereine werden, die „einen erkennbaren gesellschaftlichen Mehrwert bieten und sich zum Grundgesetz und seiner Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bekennen“. Gefehlt habe es bisher vor allem an Transparenz.

Wie auch die Mehrheit des Kreistages lehnte die BSW-Fraktion diesen Antrag ab. Ein Mehrwert, so Eckhard Fascher, sei nicht erkennbar, ebenso wenig wie die angeblich fehlende Transparenz. In der Ausschussarbeit kenne man die Vereine. Dissens gebe es vor allem bei der Förderhöhe. Die Mehrheit des Kreistages vertrat ebenso die Auffassung, das Vorliegen einer aktuell gültigen Gemeinnützigkeit sei ausreichend und lehnte den Antrag als eher zu zusätzlicher Bürokratie führend ab.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:

IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Diskriminierende Bezahlkarte für geflüchtete Menschen

Kommunalpolitischer Arbeitskreis trifft Verwaltung der Stadt GÖ

Auf Einladung der Fraktion der Wähler*innengemeinschaft – zusammen mit der Fraktion der Grünen – kamen die Sozialdezernentin der Stadt sowie drei MitarbeiterInnen zum kommunalpolitischen Arbeitskreis, um einen Fragenkatalog zu beantworten, den sie zuvor bekommen hatten.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung teilte die Verwaltung mit, dass die bereits zum 1.6.25 geplante Einführung der Bezahlkarte kurzfristig abgesagt wurde, weil das gesamte System noch zu viele Fehler in sich barg. Aber zum Abschluss des Treffens stellte sie noch einmal fest, dass auch heute ein genauer Termin der Einführung noch nicht feststehe, aber zum Herbst/Winter geplant sei. Darüber hinaus wurde klargestellt, dass die Einführung nicht eine Maßnahme der Stadt Göttingen ist, sondern auf einem Gesetz der Ampel-Koalition beruht. Daher müsse die Stadt sie bis zum 31.12.25 einführen.

Wer bekommt die Bezahlkarte?

In Göttingen leben derzeit 663 Personen, die **Asyl nach §3-Bezug erhalten**, davon sind 464 Personen volljährig; diese kommen in Betracht. Wer im Verlauf von drei Monaten ein regelmäßiges Einkommen über 50 % der Auszahlungssumme (z.Zt. 441 €) hat, darf ein eigenes Girokonto besitzen. Das gilt auch für Auszubildende, da diese i.d.R. eine höhere Vergütung erhalten. Volljährige bekommen den entsprechenden Betrag ihrer Kinder auf ihre Karte gebucht.

Wie sieht die Bezahlkarte aus?

Sie sieht wie die Kreditkarten aus, wie sie auch alle anderen Menschen benutzen. Der Karte ist ein virtuelles Konto mit eigener IBAN zugeordnet, auf das der Kostenträger (hier: Stadt Göttingen) einzahlt. Ein kommerzieller Finanzdienstleister stellt dieses System – gegen Vergütung, versteht sich – zur Verfügung.

Was kann mit der Bezahlkarte gemacht werden?

Der Besitzer kann alle Einkäufe tätigen, die mit einer Kreditkarte möglich sind. Es können auch Überweisungen getätigt werden – allerdings nur an Adressaten, die in einer „whitelist“ enthalten sind, die das Land Nds eingepflegt hat. Individuelle Empfänger können vom Inhaber der Bezahlcard beantragt werden. Über ein Webportal kann der Kontostand geprüft werden. Überweisungen ins Ausland sind hingegen ausgeschlossen (blacklist)! Leistungen werden monatlich unabhängig der Summe auf dem Konto überwiesen. Der Haken: Barauszahlungen bleiben bei 50 €/Monat gedeckelt.

Dieser Betrag ist durch einen Erlass des Landes Nds. geregelt, das statistisch errechnet haben will, dass dies für Barausgaben eines Monats reicht (in Bremen und Thüringen sind dies 120 €/Monat). Bei Bedarf kann beim Sachbearbeiter im Rathaus aber jeweils ein höherer Betrag beantragt werden.

Eine Bargeldauszahlung für Minderjährige besteht ebenfalls; ebenfalls gedeckelt auf 50 €/Monat.

Das bedeutet im Umkehrschluss: Wer überdurchschnittlich viel in Läden kauft, die keine Kreditkarten annehmen (oder z.B. Flohmärkte, Busse, Freibad oder Kioske dort etc), kommt sehr schnell an sein Limit – was natürlich verheerend ist, wenn hier nun wieder ein gesonderter Antrag gestellt werden muss.

Was bezweckt die Bezahlkarte?

Natürlich soll sie –als Hauptgrund – potentiell Flüchtlinge abschrecken. Und sie soll die Freizügigkeit der Inhaber*innen einschränken. Darüber hinaus soll sie die Verwaltungen „entlasten“ und Kosten einsparen (Stickwort: Bürokratieabbau). Aber genau hier wurde es im Gespräch „ungenau“: Die Verwaltung sieht z.Zt. keine neuen externen Kosten auf sich zukommen und eventuelle Mehrkosten innerhalb der Verwaltung können z.Zt. noch nicht eingeschätzt

Kontakte

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum

Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:

Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, Jost Leßmann, Peter Strathmann

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Telefon: 0551 - 400 2347

goelink-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten:

(im Juli nur nach Absprache)

Mi: 10:00 - 12:00

Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:

Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)

Nornia Marcinkiewicz

Torsten Wucherpfennig

werden.

Im Gegensatz zu Göttingen prüft die Stadt Osnabrück z.Zt., ob eine Verfassungsbeschwerde mit dem Ziel der Übernahme höherer Verwaltungskosten vom Land Nds. übernommen werden müssen. Die Stadt GÖ sei mit den KollegInnen aus OS im direkten Gespräch und will sich zum gegebenen Zeitpunkt dort „einklinken“. Außerdem ist der Verwaltung hier in GÖ in keinster Weise klar, wie lange das Land Nds. die externen Kosten (u.a. Finanzdienstleister) übernehmen wird. Denn das alles ist schriftlich nicht geregelt.

Im kommenden Sozialausschuss wird das Thema nochmal behandelt.

Im Herbst wird die Wähler*innengemeinschaft eine weitere öffentliche Veranstaltung zum Thema Bezahlkarte organisieren.

(g.s.)

Dringlichkeitsantrag aus dem Rat vom 13.06.

OBin Broistedt soll ein Minimum gegen Mieterhöhungen unternehmen

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin Broistedt wird beauftragt, sich an den Vorstand der LEG Immobilien SE zu wenden und diesen eindringlich aufzufordern, die aktuellen Mieterhöhungen für Wohnungen in Grone zurückzunehmen.

Begründung:

Die LEG hat in den vergangenen Wochen zahlreichen Mieter*innen in Göttingen-Grone Mieterhöhungen angekündigt. Diese treiben die Mietpreise zum Teil über die Angemessenheitsgrenze der Kosten der Unterkunft hinaus und gefährden damit insbesondere den Verbleib von Sozialleistungsbeziehenden und einkommensschwachen Haushalten in ihren Wohnungen.

Auch viele arbeitende Menschen geraten durch die erhöhten Wohnkosten unter Druck. Besonders kritisch ist, dass die LEG damit ein öffentlich gegebenes Versprechen bricht: Gegenüber der Stadtverwaltung und Oberbürgermeisterin Broistedt wurde zugesichert, dass keine Verdrängung stattfinden werde.

Als gewählte kommunale Vertreter*innen tragen wir Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt. Der Rat darf nicht tatenlos zusehen, wenn ein profitorientiertes Wohnungsunternehmen öffentliches Vertrauen missbraucht und soziale Verwerfungen in Göttingen verschärft.

Die Dringlichkeit wurde im Stadtrat nicht gesehen und der Antrag konnte nicht behandelt werden. Für die CDU sind die Mieterhöhungen normal und nachvollziehbar, die FDP möchte den Markt regeln lassen und nimmt soziale Opfer dafür in Kauf. Wir finden es schade, dass die Politik weiterhin die Befindlichkeiten eines Großkonzerns priorisieren anstatt sich mit den Ängsten und Sorgen der Menschen in Göttingen auseinanderzusetzen. Wir werden den Antrag für die folgende Ratssitzung wieder stellen. Diese findet erst am Freitag den 12. September statt.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

(im Juli nur nach Absprache)

Mi: 10:00 - 12:00 Uhr

Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Auszüge aus der Rede von Torsten Wucherpennig aus der letzten Ratssitzung zum Antrag „Zukunft des Göttinger Symphonyorchester sichern“:

Liebe Anwesende,

so sehr wir den kulturellen Wert des Göttinger Symphonieorchesters anerkennen, so kritisch sehen wir den vorliegenden Beschlussvorschlag & [...] wie selbstverständlich hier eine pauschale Erhöhung der städtischen Zuschüsse für das Göttinger Symphonieorchester beschlossen werden soll – und das in einer Situation, in der wir an allen Ecken und Enden ums Geld ringen. [...] in einer Zeit, in der wir mit erheblichen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sind – von steigenden Sozialausgaben über Investitionsstaus in Schulen, Infrastruktur und Klimaschutz – müssen wir uns fragen, ob eine automatische und unbefristete Erhöhung der Zuschüsse für ein einziges kulturelles Angebot verhältnismäßig ist [...] während Kitas teilweise überfüllt sind, Schulgebäude verfallen und soziale Initiativen kaum mehr wissen, wie sie ihre Miete zahlen sollen? [...] Kultur darf kein Luxusprojekt sein – schon gar nicht auf Kosten der Allgemeinheit.

Dieser Antrag ist im Kern ein Freifahrtschein. Kein Verein, kein Jugendhaus, keine soziale Einrichtung in dieser Stadt bekommt eine solche Blankovollmacht. [...] Wenn die Insolvenzgefahr als Argument in den Raum geworfen wird, dann frage ich: Wieso ist ein öffentlich subventioniertes Orchester nach Jahren der Förderung offenbar so strukturell fragil, dass schon der Blick ins Haushaltsjahr 2027 Panik auslöst? [...]

Ich plädiere nicht für eine Streichung der Förderung, wohl aber für eine differenzierte, zeitlich befristete Lösung mit klaren Leistungszielen, einer regelmäßigen Überprüfung und einer stärkeren Einbindung anderer Förderpartner – insbesondere des Landes Niedersachsen. [...] Wer in diesen Zeiten öffentliche Gelder verteilt, muss Rechenschaft darüber ablegen, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird.

Wir erleben massive Kürzungen in Bildung, sozialen Projekten und der Daseinsvorsorge.

Wenn wir uns jetzt verpflichten, einem einzelnen Kulturbetrieb dauerhaft steigende Mittel zu garantieren, während überall sonst gestrichen wird, dann ist das nicht verantwortungsbewusste Kulturpolitik – sondern politische Schiefelage auf Kosten der Allgemeinheit.

Man merkt, so langsam geht der Wahlkampf los und hier wird nur auf Klientelpolitik gesetzt, wir stimmen der Überweisung in den Kulturausschuss zu, stehen diesem Schaufensterantrag aber eher skeptisch gegenüber – nicht, weil wir gegen Kultur sind, sondern weil die GöttingerLinke für eine gerechte, verantwortungsvolle Haushaltspolitik steht.